



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 06.12.2018**

öffentlich

Ort: im Stadthaus
Wappensaal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:47 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dirk Gernhardt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Schied
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 16:45 Uhr bis 18:48 Uhr
Dennis Helmich	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen, Teilnahme ab 16:41 Uhr
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Alexander Raue	AfD Stadtratsfraktion Halle
Manfred Czock	Sachkundiger Einwohner
Norwin Dorn	Seniorenrat
Igor Matviyets	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:42 Uhr
Satenik Roth	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme ab 16:38 Uhr bis 17:40 Uhr
Annette Wunderlich	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Dr. Christine Gröger	Fachbereichsleiterin Gesundheit
Dr. Uta Schwarzer	Amtstierärztin/ Abteilungsleiterin
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Jenny Falke	stellv. Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Dr. phil. Jeannette Drygalla	Sachkundige Einwohnerin
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Helga Schubert	Sachkundige Einwohnerin
Susanne Willers	Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt informierte die Mitglieder, dass der Tagesordnungspunkt

zu 3.2 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.11.2018

und der Punkt

7.2. Bildung und Teilhabe – Rückblick 2018 der Stadtverwaltung

vertagt werden. Sie schlug vor die Mitteilungen

7.3. Bericht Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Beratungsstelle Halle und Stadtinsel e.V, Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung

und

7.1. Jobcenter – Vorstellung Vorhaben 2019

vorzuziehen. Es gab keine Einwände und **Frau Haupt** bat um Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.10.2018

- 3.2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 08.11.2018 **vertagt**
- 7.3. Bericht Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt e.V., Beratungsstelle Halle und Stadtinsel e.V, Beratungsangebot für Eltern von Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische Bildung
- 7.1. Jobcenter – Vorstellung Vorhaben 2019
- 4. Beschlussvorlagen
- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Teilnahme an der Präventionskampagne „Luisa ist hier!“
Vorlage: VI/2018/04474
- 5.2. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden
Vorlage: VI/2018/04465
- 5.3. Antrag der SPD-Fraktion zur Anpassung der Übernahme von Personalkosten für den Stadtseniorenvertretung Stadt Halle e.V.
Vorlage: VI/2018/04148
- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7. Mitteilungen
- 7.2. Bildung und Teilhabe – Rückblick 2018 der Stadtverwaltung **vertagt**
- 7.4. Mitteilung zur BV VI/2018/04460 - Fördermittel für Träger und Projekte der sozialen Arbeit 2019 - 1. Pflichtiger Bereich
- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 11.10.2018

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**zu 7.3 Bericht Volkssolidarität Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.,
Beratungsstelle Halle und Stadtinsel e.V, Beratungsangebot für Eltern von
Kindern mit besonderen Lernvoraussetzungen im Bereich Schulische
Bildung**

Zwei Präsentationen sind im Session hinterlegt.

Frau Mundt hielt die erste Präsentation.

Frau Seidel-Jähni fragte, wie lange der Beratungsprozess dauert und bis wann das Projekt befristet ist.

Frau Mundt antwortete, dass ein Beratungsprozess im Durchschnitt sieben bis acht Beratungen bedarf. Das Projekt ist bis 2020 befristet, kann aber noch um weitere zwei Jahre verlängert werden.

Frau Görschick und **Frau Keitel** stellten die zweite Präsentation vor.

Herr Raue fragte, wie viele Hauptamtliche und wie viele Ehrenamtliche Mitarbeiter für das Projekt arbeiten. Er fragte außerdem nach einem Fazit, ob die Beratungen den betroffenen weiterhelfen.

Frau Görschick antwortete, dass in Halle zwei Hauptberufliche und vier Ehrenamtliche Berater tätig sind, in Magdeburg sind es drei Hauptberufliche und zwei Ehrenamtliche und in Naumburg sind es zwei Hauptberufliche und ein Ehrenamtlicher. Insgesamt wurden in Halle ca. 250 Beratungen durchgeführt, ebenso in Magdeburg und in Naumburg ca. 450.

Herr Raue fragte, welchen Grund es haben könnte, dass in Naumburg so viel mehr Beratungen stattgefunden haben als in Halle.

Frau Görschick sagte, dass mit dem Projekt von null an begonnen wurde und nun erstmal bekannt gemacht werden muss.

Herr Raue fragte, wie lange die Erstellung der Konzeption gedauert hat.

Frau Görschick antwortete, dass von der Bekanntgabe bis zur Abgabe ca. drei Monate zur Erstellung eines Konzeptes Zeit waren und dies ohne Vorerfahrung nicht möglich gewesen wäre.

zu 7.1 Jobcenter – Vorstellung Vorhaben 2019

Die Mitteilung ist im Session hinterlegt.

Frau Dr. Schöps fragte nach dem Grund des Rückgangs der deutschen Antragssteller.

Frau Grummisch antwortete, dass die Antragsstellungen insgesamt zurückgezogen sind.

Herr Raue fragte, wie hoch die Maximalförderung pro Kind ist. Wo liegt da die Einkommensschwelle und kann man die nicht verändern, um mehr Kinder zu fördern.

Frau Grummisch antwortete, dass wenn man SGB II Anspruchsberechtigt ist auch die Möglichkeit der Förderung über Bildung und Teilhabe besteht. Es gibt Kinder, da sind die Mütter ab Mittag zu Hause und daher muss kein Mittagessen in der Einrichtung in Anspruch genommen werden und dies fällt weg.

Für das Thema wird sehr viel Werbung gemacht.

Frau Roth lobte die Arbeit des Jobcenters und sagte, dass für das Projekt viel Werbung gemacht wird

Herr Raue fragte, wie viel Geld die Familie verdienen müsste, um keinen Anspruch zu haben.

Herr Kaltofen sagte, dass es eine pflichtige Leistung. Unter dem Link <https://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Grundsicherung/Leistungen-zur-Sicherung-des-Lebensunterhalts/Bildungspaket/leistungen-bildungspaket.html> können die Rechtsgrundlagen eingesehen werden. Jeder der Anspruch auf Grundsicherungsleistungen hat, hat auch Anspruch auf Bildung und Teilhabe. Die Höhe hängt dann von der familiären Situation und dem Einkommen ab.

Frau Brederlow sagte, dass die Kosten nicht zu 100 % durch Bundesmittel abgedeckt werden und die Stadt dies bezuschusst.

Herr Czock fragte, warum das Land Sachsen-Anhalt die schlechteste Quote, bei der Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderung hat

Herr Kaltofen antwortete, dass er kein Problem bei der Wiedereingliederung von Menschen mit Behinderung in Halle sieht, da es viele Projekte gibt, die gute Ergebnisse erzielen.

Herr Raue fragte, ob es sich bei dem Projekt für Langzeitarbeitslose um 40 unterschiedliche Unternehmen handelt, oder ob es 40 Unterschiedliche Unternehmen sind, die sich beteiligen.

Herr Kaltofen antwortete, dass es ca. 22 Unternehmen sind, dort ist die Stadt Halle noch nicht mit einberechnet, ebenso nicht mitberechnet sind die Wohnungsbaugesellschaften sowie der Konzern Stadt.

Herr Raue fragte, wie viel Geld die Teilnehmer dabei verdienen können.

Herr Kaltofen sagte, dass die Zuschüsse so wie sie nötig sind, gezahlt werden und sich dies am Tariflohn des einzelnen Unternehmens orientiert.

Herr Raue fragte, wie sich die Eingliederung von Migranten in den Arbeitsmarkt aber auch in Ausbildung gestaltet. Sind die betroffenen dann in Mini Jobs oder in Festanstellung?

Herr Kaltofen sagte, dass die Migranten sehr unterschiedlich eingesetzt werden. Der Personenkreis mit einem anerkannten Status erhält die Unterstützung wie jeder andere betroffene auch. Als Pflichtprogramm wird ein Integrationskurs angeboten, der gefördert wird. Zusätzliche Sprachkurse werden gefördert.

Er brachte ein Beispiel und sagte, dass bei der LSV 70 Personen zu einem Schweißer Kurs eingeladen wurden, da es dort mehrere freie und gut bezahlte Jobs gibt. Von den 10 eingeladenen Deutschen Personen, ist niemand gekommen und von den Migranten waren 60 % anwesend.

Herr Kaltofen schlug vor, dieses Thema nochmals in einem Termin zu vertiefen.

Kneipen, Clubs, Cafés und Restaurants im gesamten Stadtgebiet als teilnehmende Partner gewinnen, um gemeinsam die Kampagne im 1. Quartal 2019 zu starten. Die angemessene fachliche Betreuung von Betroffenen soll gegebenenfalls in Kooperation mit Frauenberatungsstellen in Halle (Saale) gewährleistet werden. Die Stadt Halle (Saale) übernimmt die Kosten für die Übernahme des Corporate Designs und der Handlungsleitfäden für teilnehmende Betriebe.

2. Über den Stand der Umsetzung wird im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss regelmäßig informiert.

**zu 5.2 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM für eine Resolution: Aufnahme von Menschen, die aus Seenot gerettet wurden
Vorlage: VI/2018/04465**

Herr Gernhardt brachte den Antrag ein und sagte, dass insgesamt 34 Deutsche Städte solch eine Resolution abgeschlossen haben.

Herr Raue sagte, dass genug Migranten aufgenommen wurden und alle Schiffe, die Menschen vermeintlich aus Seenot retten, als Schlepper agieren. Die Seeroute von Afrika, muss als unüberbrückbare Barriere wirken, denn wenn die geflüchteten nun auf Europa verteilt werden, wird automatisch das Signal gegeben, dass alle nach Europa kommen können und Unterstützung erhalten, was Nachahmer nach sich ziehen könnte. Er fragte die Mitglieder, wie viel Geld jeder persönlich investiert, damit die Menschen in der Stadt Halle leben können. Werden Bürgschaften übernommen und bezahlen Sie persönlich für die einreisenden Menschen oder sollen dies die Bürger der Stadt tun.

Herr Helmich sagte, dass dafür Steuergelder gezahlt werden und es dafür das deutsche Gemeinwesen gibt. Wenn man die Zahlen der Personen, um die es geht auf die teilnehmenden Städte runterbricht, wären es ca. 20 Menschen, die in Halle Zuflucht finden könnten.

Frau Dr. Schöps sagte, dass das ganz normale Asylverfahren angewendet werden soll.

Herr Senius stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Raue sprach gegen den Geschäftsordnungsantrag, er sagte, dass in einer so wichtigen Debatte nicht einfach abgebrochen werden kann, nur weil die Meinung nicht jedem gefällt.

Frau Haupt bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages.

Abstimmungsergebnis GO Antrag SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis GO Antrag SR: einstimmig zugestimmt

Frau Haupt bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis SKE: mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: mehrheitlich zugestimmt

wurden und ein außerordentlich gutes Niveau festgestellt werden konnte. Kleine Mängel konnten meist während der Kontrolle abgestellt werden. Keinerlei Nachkontrollen waren nötig, lediglich die Ergebnisse der Proben stehen noch aus.

zu 7.6 Information zu Kastrationen

Frau Dr. Schwarzer informierte, dass 5889,75 Euro für 45 Kastrationen von Katzen ausgezahlt wurden.

zu 7.7 Information zum Globus Einkaufsmarkt Halle

Frau Haupt informierte auf Wunsch der Betriebsratsmitglieder von Globus, dass diese sich um die 265 Arbeitnehmer sorgen machen, da nicht feststeht, wie es weiter geht. Frau Haupt sagte, dass Globus ein wichtiger Arbeitgeber für Halle und die betroffenen Menschen ist und dies im Auge behalten werden sollte.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Schachtschneider zum Bürgerladen

Herr Schachtschneider bat um die Besucherzahlen des Bürgerladens, um diese mit den der anderen Antragsstellern vergleichen zu können. Der Vorschlag der Stadt sind 5000 Euro weniger Förderung als beantragt, er fragte, warum der Antrag nicht voll bewilligt werden soll.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.2 Herr Senius zu Fördermitteln

Herr Senius sagte, dass seitens der Fördermittelantragssteller bemängelt wurde, dass die Gelder erst im April ausgezahlt wurden. Er fragte, ob dies die Verwaltung bestätigen kann und, ob es eine Möglichkeit gibt, diesen Zeitraum zu verkürzen.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8.3 Herr Senius zur Segregation in ostdeutschen Städten

Herr Senius fragte, ob es bereits eine terminliche Konkretisierung, für die Auswertung des Wissenschaftszentrums Berlin zum Thema Segregation in Ostdeutschen Städten, gibt.

Frau Brederlow sagte, dass im Themenspeicher dieses Thema für Februar angedacht ist.

zu 8.4 **Frau Dr. Schöps zur Fördermittelrichtlinie**

Frau Dr. Schöps fragte, ob es sein kann, dass auf der Internetseite der Stadtverwaltung noch die alte Fördermittelrichtlinie eingestellt ist und somit manche Vereine von der Möglichkeit einer mehrjährigen Förderung nichts wussten. Wie wurden die Vereine über die Neuerungen informiert.

Die Verwaltung sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 9 **Anregungen**

zu 9.1 **Themenspeicher**

Der Themenspeicher ist m Session hinterlegt.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin